

Der Ausschussvorsitzende bat den Leiter der örtlichen Rechnungsprüfung, Herrn Fey, um eine kurze Erläuterung zu diesem Tagesordnungspunkt. Herr Fey erklärte hieraufhin den Werdegang sowie den Zweck der vorliegenden Konzeption zur mehrjährigen risikoorientierten Rechnungsprüfung. Kernaussage war hier, dass in Zusammenarbeit mit der KGSt eigens für die Stadtverwaltung Sankt Augustin, statt wie üblich mit 2 Modulen, ein Modell mit 3 Modulen entwickelt wurde. Bei den einzelnen Modulen handelt es sich um die risikoorientierte Rechnungsprüfungsplanung (Modul 1), die Risikofrüherkennung in den Fachbereichen (Modul 2) und das interne Kontrollsysteme auf Prozessebene (Modul 3). Während die Module 2 und 3 für die Verwaltung bzw. Fachverwaltungen entwickelt wurden, soll das Modul 1 von der örtlichen Rechnungsprüfung angewendet werden. Herr Fey erläuterte, dass zunächst eine Risikoerfassung bis Ende des Jahres beabsichtigt sei.

Ferner soll ein konkretes Modell für den Bereich Flüchtlingsmanagement auf den Weg gebracht werden. Es sei geplant, dass ab Ende Juni 2016 für den Aufbau eines Risikomanagement in diesem Bereich an Hand von Fragebögen, Telefoninterviews und Workshops eine Risikoerfassung durchgeführt werden soll. Herr Schell bedankte sich für die Erläuterung und bat um eine Aussage, wie hoch der personelle Aufwand auf Seiten der örtlichen Rechnungsprüfung und der Verwaltung einzuschätzen sei. Ferner gehe er davon aus, dass das Ergebnis entweder in einer der nächsten Rechnungsprüfungsausschusssitzungen oder einem anderen Ausschuss mitgeteilt würde.

Herr Fey bestätigte für den Bereich Flüchtlingsmanagement, dass es am Ende des Projektes eine Ergebnispräsentation geben werde. Um einen ersten Eindruck über den personellen Aufwand darzustellen, erläuterte Herr Fey, wie die weitere Verfahrensweise aussehe. Um die Risiken feststellen zu können, werden neben einigen geführten Telefoninterviews auch extra hierfür entwickelte Fragebögen, die zügig und punktuell ausgefüllt werden können, an die betreffenden Stellen versendet. In einem anschließenden Workshop, an dem alle Akteure teilnehmen sollen, werde man die möglichen Risiken zusammenführen. Im Anschluss würden dann die hier festgestellten Risiken priorisiert und entsprechende Gegenmaßnahmen erarbeitet. Bezüglich der Kosten führte Herr Fey weiter aus, werde die Begleitung des Projektes „Flüchtlinge“ keinen 5-stelligen Betrag kosten.

Für Herrn Schell stellte sich die Frage, welcher fortlaufende Aufwand nach Feststellung der Risiken notwendig sei, um diese dann entsprechend zu minimieren. Auf seine Frage, ob eine Gegenüberstellung von Aufwand und Risikominimierung vorgesehen sei oder bei der Ergebnispräsentation eine entsprechende Aussage getroffen werde, erklärte Herr Fey, dass die von der KGSt bundesweit zur Verfügung gestellten Lösungsvorschläge anderer teilnehmender Kommunen genutzt werden können, um hier entsprechende Ideen abzuleiten und entwickeln zu können. Der hier entstehende Synergieeffekt sei der eigentliche Kerngedanke des Projektes der KGSt. Hier sollen die Kommunen die Möglichkeit haben, Lösungsvorschläge und Ideen bundesweit auszutauschen und für ihre Zwecke einzusetzen.

Frau Bäsch bedankte sich ebenfalls für die Ausführungen und sprach sich für die Etablierung eines Risikomanagements aus. Auf ihre Nachfrage, ob eine zentrale Steuerung des Risikomanagements vorgesehen sei, erklärte Herr Schumacher, dass es

sich hier für den Verwaltungsvorstand um ein Risikofrüherkennungssystem handeln würde. Da sich das System für Sankt Augustin noch in der Entwicklung befinde und nicht vollständig sei, müsse man zunächst abwarten, wie sinnvoll es werde oder ob noch Veränderungen vorzunehmen seien.

Auch Herr Haacke begrüßte die Einführung eines Risikomanagements und hob positiv hervor, dass Risiken erfasst und transparent dargestellt würden, sodass sie vergleichbar und in Kennzahlen münden würden. Auf seine Nachfrage, ob es bereits eine breit aufgestellte Prüfungslandkarte gebe und ob die Umsetzung dieses umfangreichen Systems mit dem Personalbestand der örtlichen Rechnungsprüfung zu leisten sei, erklärte Herr Fey, dass die örtliche Rechnungsprüfung eine interne Prüfungslandkarte mit derzeit knapp 300 Aufgaben vorhält. Ferner führte er aus, dass davon auszugehen sei, dass diese Aufgabe, gerade mit Blick auf die höheren Risiken, mit dem derzeitigen Personal der örtlichen Rechnungsprüfung gut zu leisten sei.

Nachdem sich Frau Jung für die Vorstellung der Konzeption bedankt hatte, stellte sie fest, dass man neben der Frage nach dem Aufwand, auch die Frage nach dem Nutzen für die Verwaltung, für die Bürger und auch für die Politik stellen sollte. Aus ihrer Sicht wäre der Nutzen durch die Einführung eines Kontrollsystems mit einer Risikoerfassung und Risikobewertung, gerade im Hinblick auf die aktuelle Lage, enorm hoch und wichtig.

Auch Herr Knülle bedankte sich und schloss sich den Ausführungen von Frau Jung und Herrn Haacke an. Er machte deutlich, dass die Konzeption Sinn mache und aus seiner Sicht zu einem positiven Ergebnis führen werde.

Herr Schell stellte noch einmal klar, dass ihn unter anderem interessiere, ob neben der örtliche Rechnungsprüfung ggf. auch in den einzelnen Verwaltungsabteilungen zusätzlicher Nutzen durch z.B. eine Zeitreduzierung entstehen oder aber vielleicht auch möglicherweise eine Zeiterhöhung erfolgen könne.

Herr Fey beschrieb in seinen weiteren Ausführungen die bereits für das Risikomanagement in den Niederlanden erprobte Software Naris. Von der KGSt werde in diesem Zusammenhang eine kostenlose Plattform für den Bereich „Flüchtlinge“ zur Verfügung gestellt.

Herr Piéla wies darauf hin, dass es sich hier um die Steuerung von Risiken handeln würde und damit Maßnahmen verbunden seien, die auch haushaltsrelevant werden könnten. Auf seine Frage, inwieweit die Politik in die durch die örtliche Rechnungsprüfung festgestellten Risiken und die daraus resultierenden Empfehlungen eingebunden werde, erklärte Herr Fey, dass die entsprechenden Risikoeinschätzungen und die daraus resultierenden Empfehlungen in den Berichten der örtlichen Rechnungsprüfung dargestellt würden. Die genaue Vorgehensweise sei hier noch nicht festgelegt, jedoch handele es sich bei der Risikolandkarte der örtlichen Rechnungsprüfung um ein internes Arbeitspapier, bei dem es nicht vorgesehen sei, es zu veröffentlichen.

Auch Frau Schmidt bedankte sich bei der örtlichen Rechnungsprüfung und sprach sich für die Konzeption der risikoorientierten Rechnungsprüfung aus.

Abschließend nahm der Ausschuss die Konzeption zur mehrjährigen risikoorientierten Rechnungsprüfungsplanung zur Kenntnis.